

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

211 (5.8.1920) Erstes und Zweites Blatt

In Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 5.50 M., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 5.10 M. usw. durch unsere Agenturen bezogen 5.50 M. monatlich, am Postamt abgeholt monatlich 5.30 M., vierteljährlich 15.90 M., durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 5.65 M., vierteljährlich 16.95 M.

Karlsruher Tagblatt

oder deren Raum a) lokal 1.40 M., b) auswärtig 1.60 M., die Stammeile 5— M., an erster Stelle 5.50 M., Rabatt nach Tarif. Anzeigenannahme bis 12 Uhr mittags. Kleinere Anzeigen kostengünstig bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprechanstaltliche Geschäftsstelle Nr. 203, Berlin Nr. 207, Schriftleitung Nr. 20 u. 204, Druckerei Nr. 277.

Badische Morgenzeitung „Die Pyramide“ **Badische Morgenpost**

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

117. Jahrg. Nr. 211. Donnerstag, den 5. August 1920. Erstes Blatt

Der Völkerverbund.

Im ersten Teil des Friedensvertrages von Versailles wird als scheinbare Grundlage für die friedlichen Anordnungen, zu denen sich die Völkermächte bekennen, die Völkerverbundung behandelt. Darin heißt es, daß sie errichtet werde, um u. a. zur Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen, zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit, die bestimmte Verpflichtung zu übernehmen, nicht zum Kriege zu greifen, das internationale Recht genau zu beobachten und nur auf Ehre und Gerechtigkeit beruhende internationale Beziehungen zu unterhalten.

Diese von Gedanken ähnlichen 14 Punkten Wilsons getragenen Richtlinien finden eine Fortsetzung in den §§ 8 und 11 der Satzung. Nach § 8 hat der Bund die Aufgabe, unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Verhältnisse eines Staates über die Höhe seiner nationalen Rüstungen zu entscheiden, in § 11 wird festgesetzt, daß jeder Krieg und jede Verletzung mit Krieg, auch wenn davon kein Bundesmitglied unmittelbar betroffen wird, eine Angelegenheit des ganzen Bundes ist und dieser die zum Schutz des Völkerverbundes wirksamen Maßnahmen zu ergreifen hat. Nach § 17 erstreckt sich die Tätigkeit des Bundes auch auf Streitfragen zwischen einem Bundesmitglied und Nichtmitgliedern, sowie auf Staaten, die überhaupt nicht Mitglieder des Völkerverbundes sind. Wird von einem der Streitenden die Aufforderung des Völkerverbundes abgelehnt, die Verpflichtungen eines Bundesmitgliedes zu erfüllen, so finden, wenn der Umstand zum Kriege föhrt, die Bestimmungen für unangehörige Bundesmitglieder Anwendung.

Nach ihnen verpflichten sich die übrigen, unverzüglich alle Handels- und Finanzbeziehungen zu dem Streifen abbrechen, ihren Staatsangehörigen jeden Verkehr mit denen des kriegführenden Staates zu unterbinden und auch alle finanziellen, handels- und persönlichen Beziehungen zwischen den Staatsangehörigen dieses und jedes anderen Staates, einzelner oder Bundesmitglieds, abzuschneiden.

Dies sind die Worte der Völkerverbundung, die ursprünglich von 40 Staaten, darunter Polen, und selbstverständlich auch von den Regierungen der Entente, unterzeichnet worden ist. Seit jenem 28. Juni 1919 ist nun über ein Jahr vergangen, und wenn auch die Welt allmählich wenigstens äußerlich ein anderes Gesicht anzunehmen begonnen hat, so ist doch der Geist, der sie in jenen Tagen regierte und gestalten zu können glaubte, derselbe geblieben.

Nun hat vor einigen Tagen Herr Millerand, der französische Ministerpräsident, anlässlich der Kollisionsbehalte in der französischen Kammer die alte Weisheit bekräftigt, daß Regierungen Voraussehen best und sie mit seinen Regierungsmaßnahmen in Verbindung gebracht.

Diese Weisheit ist ein nicht zu bestrittener Erfahrungssatz, aber Herr Millerand hat verfahren, hinauszuweisen, daß zum Regieren auch ein Staatsmann gehört, der von hoher Werte aus, mit reichem Geschichtsbewusstsein und allen Fähigkeiten ausgestattet, es versteht, nicht nur voranzusehen, sondern auch realpolitisch zu denken und in diesem Geiste die Beziehungen seines Landes zu anderen Völkern zu regeln. Das aber ist es eben, woran wir und unsere ganze bisherige Nachkriegszeit krank, daß nicht Staatsmänner es sind, die augenblicklich die europäischen Politik zu lenken sich bemühen, sondern Advokaten und Gewaltvollstörer, die zu führen glauben, wo sie selbst letzten Endes nur Geführte sind. Es sind die Männer, die einst denselben Weg gehen werden, wie ein Woodrow Wilson, ein George Clemenceau und Träger von Namen, deren gerade Würdigung der Weltgeschichte und dem Weltgericht in kommenden Tagen vorbehalten bleibt.

Beweis dafür ist der russisch-polnische Krieg mit seinem ganzen jammervollen Sinn und Her der Entente-Maßnahmen.

Wenn man je eine Gelegenheit gesucht hätte, um die Existenzberechtigung des Völkerverbundes nachzuweisen und ihm dadurch mit einem Schlag zu einer würdigen Stellung zu verhelfen, so war es dieser russisch-polnische Konflikt. Auf ihn trafen alle in den Bundesverträgen vorgesehenen Voraussetzungen zu, auf ihn hat aber keine der darin angeführten Maßnahmen eine wirksame Anwendung gefunden, weil man dazu nicht fähig war.

Als einer unserer Unterhändler in den ersten Verhandlungstagen 1919 seine Gedanken darüber ausdramatisierte, ob die Völkerverbundung im Sinne einzelner Satzungsparagraphen realisierbar seien und als er diese Gedanken unter besonderem Hinweis auf Polen zu bekräftigen suchte, indem er einen plötzlichen Ueberfall auf Vorkopf dieses neugeborenen Staates auf unser Gebiet hypozierte, da beruhigte man ihn. Man wies auf das hohe Ansehen und die unerlöschlichen Wachstumskräfte hin, die gerade diesem Lande gegenüber ihre Wirkung nicht verfehlen würden. Die Staatsmänner der Entente mögen da wohl an Staatsraison, Dankbarkeit und ähnliche Empfindungen des Polenvolkes gedacht haben, aber über den Schaden und Vernichtungsplänen Zentral-Europas, über Konferenzen und Vorbesprechungen haben die Politiker wohl nicht die Zeit gefunden, die polnische Volkspolizei zu studieren und da einzugreifen, wo es ihnen Vernunft und internationale Abmachungen geboten.

Nun hat die Zeit selbst gearbeitet. Polen, von Entente-Gründen in den Sattel gehoben, hat die Fägel ergriffen, aber seine Renner nicht nach Westen, sondern nach Osten zum Sprung angelegt. Es hat aber schon nach wenigen Schritten erkennen müssen, wie jammervoll das Strettroß beschaffen ist, das dieses unmögliche Staatsgebilde einer erweiterten neuen Zukunft entgegenbringen sollte. Ein jäher Halt, ein kurzes Aufbäumen — und in langen Sprüngen lagen Kopf und Ketter wieder weitwärts, in Worten, Haltung und Gebärden nicht nur die ganze Unerfahrenheit in

Erste Zeiten.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet: Im Reichstage wurde gestern weiter der Notetat besprochen. Vor dem schwach besetzten Hause und fast leeren Tribünen brachten die verschiedenen Parteiführer einzelne Wünsche und Beanstandungen vor, die aber meist ohne größere Bedeutung waren. Etwas mehr Bewegung d. h. eine gewisse Heiterkeit entstand nur, als sich der sehr ehrliche Herr Nimm und der arbeitstüchtige Adolf Hofmann gegenseitig Liebesschwüre leisteten. Sonst lag eine peinlich schweile Langeweile über dem Saal. Aber wer in den Wandelgängen hier und dort einen intimen Meinungsaustausch fand, mußte feststellen, daß es außer Sommerhitze und Mißtrauen gegenüber der parlamentarischen Redefreiheit doch sehr viele andere erste Ursachen für die Lasten der Schwüle in Deutschland öffentlichem Leben gibt.

Die Proteste der Unabhängigen gegen die Entwaffnung der Bevölkerung, die gestern in Berlin wieder zu Straßenumzügen geführt haben, werden wohl mit Recht in Verbindung gebracht mit den neu auflodernden Hoffnungen unserer radikalen Sozialisten, doch noch mit Hilfe der vorrückenden russischen Sowjetarmee eine deutsche Räte-Republik und die Diktatur des Proletariats zu erreichen. Die deutsche Regierung erkennt diese Gefahr sehr wohl. Sie fürchtet sie aber nur als Folgeerscheinung der furchtbaren und drohenden Alternative zwischen einem Angriff der russischen Bolschewiken und dem zur Rettung Polens eingreifenden französischen Imperialismus, wodurch unser armes Vaterland zum Schauplatz neuer schwerer Kämpfe und dazu eines Bürgerkrieges werden müßte. Bisher ist diese Gefahr noch nicht akut. Wir wissen nicht, ob die Sowjettruppen über Warschau hinaus militärische Ziele verfolgen und ob nicht die wirtschaftliche Lage Rußlands die Moskauer Machthaber zu einem vorläufigen, für sie gar sicherlich günstigen Friedensschluß mit den Polen und einer Neuordnung ihrer Beziehungen zu dem übrigen Europa veranlassen wird. Wir wissen auch nicht, in welchem Tempo man in London doch noch die Fehler von Versailles und Spa einsehen und mildern wird. Und da wir so wenig die in Frage kommenden Machtfaktoren beurteilen können, ist es wohl begreiflich, daß das offizielle Deutschland zunächst nach allen Seiten hin eine korrekte neutrale Haltung durchzuführen beabsichtigt ist. Aus diesem Gesichtswinkel müssen die verschiedenen Äußerungen des Ministers Dr. Simons verstanden werden, die ja absolut aus dem politischen Zusammenhang herausgerissen vielfach nicht zu rechtfertigen wären.

Die nächsten Wochen, in denen der Reichstag in Ferien ist, werden vielleicht die Phase der großen Weltkrise klarer erkennen lassen. Die nunmehrige Folgerung der revolutionären Ueberstürzungen und der Autoritätsschwächung bei uns ist leider, daß wir nicht die innere Geschlossenheit besitzen, um ohne viel Geschrei und innerpolitischen Zank die neuen Herausforderungen der Möglichkeiten durch wenig bewollmächtigte Männer unseres Vertrauens vielleicht doch für die Wahrung unserer nationalen Stellung auszuhalten lassen zu können. Je schwerer und drohender sich die Existenzfrage der jungen deutschen Republik aufdrängt, um so klarer müßte es uns werden, daß Demokratie nicht nur ein Problem der parlamentarischen Kontrolle, sondern noch viel mehr als im monarchistischen Staate ein Problem der Führung und Autorität ist. Und wer in Dorf und Stadt heute die Türen offen hat, weiß, wie unser Volk nach wirklicher Führung lechzt.

Zur Aufhebung der russisch-polnischen Waffenstillstandsverhandlungen.

(Eigener Drahtbericht.)

W. Warschau, 4. Aug. Die Presseabteilung des Ministeriums des Äußeren teilt mit: Die polnische Regierung habe im Laufe der Nacht von der nach Baranowitsch entsandten Delegation einen Zusage erhalten, wonach der Kommandant der Sowjetfront mitgeteilt habe, daß die Sowjetregierung gleichzeitig mit dem Waffenstillstand Friedensverhandlungen verlange und den 4. August zum Beginn der Verhandlungen in Minsk vorgeschlagen habe. Gleichzeitig habe die Sowjetregierung die Entsendung einer neuen, mit empfindenden Vollmachten versehenen Delegation ge-

fordert, die auch zu Friedensverhandlungen bevollmächtigt werde.

Es ist augenscheinlich, daß die Sowjetregierung die Waffenstillstandsverhandlungen in der Hoffnung auf die verspätete Hilfe unserer Bundesgenossen aufziehen will. Das Datum des 4. August als Tag des Beginns der Verhandlungen ist unmöglich, denn eine mit weitgehenden Vollmachten, wie sie die Sowjetregierung fordert, versehenen Delegation könnte mit ihren Vorbereitungen weder bis zum angeforderten Zeitpunkt fertig werden, noch bei der fehlenden Verkehrsmöglichkeit nach Minsk gelangen. Uebrigens müßte die Regierung vor Entsendung einer neuen Delegation den Bericht der vorherigen entgegennehmen. Eine genaue Veröffentlichung wird in dieser Angelegenheit noch erfolgen.

Clond George und Giolitti.

(Eigener Drahtbericht.)

Mailand, 4. Aug. Der „Corriere della Sera“ bezeichnet die Meldung des „Daily Telegraph“ von einer Zusammenkunft Clond Georges mit Giolitti am 19. August in Lavianna als ungenau. Die Zusammenkunft wird erst am Ende des Monats in einer außerhalb von Luzern gelegenen Villa stattfinden. In den ersten Septembertagen wird Giolitti für einige Tage nach Bardonecchia sich begeben und in einem nahe der Grenze gelegenen Orte vielleicht mit Millerand zusammenzutreffen.

Die Unabhängigkeit Albanien.

(Eigener Drahtbericht.)

Mailand, 4. Aug. Der „Avanti“ meldet, daß in der vergangenen Nacht das Abkommen zwischen Italien und der Regierung von Tirana unterzeichnet worden ist, nach welchem die Unabhängigkeit Albanien anerkannt wird. Italien wird Balona räumen und nur die Insel Saseno behalten. Eine Kommission aus italienischen und albanischen Delegierten wird sich nächstens nach Rom begeben zur Ratifikation des Abkommens und zur Aufstellung der Handels- und Wirtschaftsflaggen. Heute beginnt die Heimförderung der italienischen Truppen.

lands hinausgekommen und bezüglich des Prestige war man wohl der Ansicht, daß es durch derlei Bagatellen nicht ernstlich gefährdet werden könne.

Aber man sollte doch, so stand es in den Paragraphen der Wilson, Clond George und Clemenceau, unverzüglich alle Beziehungen zu den Bundesmitgliedern abbrechen, den Staatsangehörigen den Verkehr mit ihm unterbinden und ihn von der Außenwelt abschneiden!

Weit davon entfernt, ein Kulturland solchen Barbareien auszuweichen, hat man zunächst nicht nur fast mit der Verleugnung der Neutralität Deutschlands geliebäugelt, um Polen zu helfen, sondern hat auch nach dem Grundriß „Macht recht vor Recht“, Truppentransporte über unsere offenen Grenzen rollen lassen. Sie sollten nämlich zur Absicherung der Ententetruppen in den Abtummungsgebieten nötig sein, oder sie wurden auch als Umlauber beflannt. Man hat in die Häfen des Freikaates Danzka Schiffe mit Kriegsmaterial für das bedrängte Polen entsandt, hat, als unsere Landsleute, ihrem nationalen Empfinden und dem Gebote der Neutralität folgend, die Verschiffung der Danzker verweigerten, mit Zwangsmahnahmen gedroht und ist schließlich so weit gegangen, die Entladung durch eigene Truppen vornehmen zu lassen. Dabei hat man die Drohung hinzugefügt, man werde für die Zukunft Doct-arbeiter aus England heranziehen, womit auch das Verpehen der Arbeitslosigkeit für Danzka an die Wand gemalt werden sollte.

Des weiteren hat Herr Koch, der Meister der Verfolgungsstrategie und Dolmetscher an europäischen Verhandlungstischen, seinen ersten Berater, den General Wengand, mit einem größeren Stab von Offizieren nach Warschau entsandt, um dem zusammengebrochenen Polen wieder auf die Beine zu helfen. Schließlich hat man auch Deutschland die Forderung übermitteln lassen, das vertragsmäßig zu liefernde deutsche Kriegsmaterial den Polen zur Verfügung zu stellen.

Wir sehen hier also das völlige Vergehen des Völkerverbundgedankens, sobald es sich um die eigenen Interessen der Herren da draußen handelt, der Völkerverbund, die vor 6 Jahren in hehrer Selbstverteidigung für Zivilisation Recht und Gerechtigkeit in den Krieg gezogen sind und Europa nun endlich in den Zustand ewigen Friedens und beschaulicher Ruhe versehen zu können glauben. Nur eine Bestimmung hat man jetzt berücksichtigt. Da § 16 der Völkerverbundung besagt, daß den Staatsangehörigen der Bundesmitglieder jeder Verkehr, mit denen des vertragsbrüchigen Landes verboten werden solle, so haben die Völkerverbündeten der Entente, also die amtlichen Vertreter der Bundesmitglieder im vertragsbrüchigen Staate Polen, ihre Staatsangehörigen aufgefordert, Warschau (angehört der von Osten drohenden Gefahr!) zu verlassen.

So ist denn die erste Gelegenheit, die das europäische Minenfeld dem Völkerverbund bot, seine wirksame Kraft und Stärke zu beweisen, unbenutzt verstrichen und wir haben uns die Frage vorzulegen, ob die Völkerverbundung die Zahl der internationalen Verträge um eine wirklich lebensfähige Abmachung oder um einen weiteren Heben Papier vermehrt hat. Danach werden wir unser Verhalten einzurichten haben, wenn über kurz oder lang die Aufforderung an uns ergehen wird, in die Reihe der Mitglieder des Bundes einzutreten. Der Völkerverbund wird seine erste Generalversammlung am 15. November in Genf eröffnen. Weitgehende Befragungen sind ihr ein-geräumt, denn sie bearbeitet alle Fragen, die den Völkerverbund und den Völkerverbündeten betreffen und die auf sozialem, finanziellem, allgemeinem wirtschaftlichem und politischem Gebiete liegen. Das alles geht am 15. November auf Einladung des Präsidenten Wilson fast so vor sich, wie es am 28. Juni 1919 bestimmt wurde. Daß aber mittlerweile Polen, das Reichthümer in der Ententegemeinschaft, alle Theorien über den Danken geworfen und einen neuen Krieg mit allen modernen Kampfmitteln vom Zaune gebrochen hat, das föhrt die Herren am grünen Tische nicht.

Germaniam esse delendam! Das bleibt die Richtschnur ihres Handelns durch die Brille des Hasses und der Verblendung. Rußland aber, das Land des beispiellosesten Zusammenbruchs, steht im Beariffe, dem dahinstreichenden und dem Zusammenbrechen nahen polnischen Renner den Raubzug zu versehen, der ihm den Rest geben soll. Was es, innerlich zer-rüttet, mit erbarmungslosen Feindschaften und unter dem nicht müde werdenden Geißel der Maschinenengewehre seine Waffen unaufhaltsam vorwärts-treiben, eines ist doch sicher, daß wir diesem ausgebluteten und heruntergekommenen Staat unsere Achtung vor seinen militärischen Leistungen nicht versagen können.

Wer hätte vor kurzem geglaubt, daß in diesem Vaterlande des Bolschewismus immer noch solche Kräfte schlummern und geweckt werden könnten, wie wir sie heute in breit umfassenen Fronten das Herz des alten Bolens umklammern sehen, während ihre schwendenden Äxten, straff diszipliniert, mit allen Mitteln der alten Organisation unsere Landesgrenzen streifend, diese wohl zu respektieren wissen. Es ist die ganze Kraft eines Naturvolkes, die Frucht des unermeßlichen Araratlandes, die hier zur Geltung kommt und uns erneut zeigt, wie ein Land, das sich auf solche Quellen stützt, sich selbst schnell erholen kann. Daran wollen wir denken, wenn wir zur Neuorientierung einer aktiven Außenpolitik schreiten und wir wollen uns auch durch Rückschlüsse, die eintreten werden und

kommen müssen, nicht an dieser Grundtendenz irre machen lassen.

Wir begrüßen es deshalb mit besonderer Genugtuung, wenn Minister Simons offen dem Gedanken Ausdruck gibt, daß Deutschland und Rußland durch die stärksten wirtschaftlichen Interessen aufeinander angewiesen sind, mögen solche Worte auch den Herren von der Entente, den Vätern der antideutschen Buffertheorie, hart auf den Magen schlagen.

Die Ereignisse im Osten eilen ihrer Entschädigung entgegen. Polen ist aufgestanden, der Völkerverbund hat versagt und die nächsten Tage werden uns zeigen, ob das siegreiche Rußland, aus stählernen Wunden blutend, gewillt ist, sich im letzten Augenblick in den Arm fallen zu lassen, ob es noch über Staatsmänner verfügt, deren Blick und Urteil ungetrübt genug, deren Energie und Willen in der Lage sind, an der Stelle grauer Theorien klare Verhältnisse zu schaffen.

Rußland ist vor 6 Jahren an der Seite der Entente nicht in den Krieg gezogen, um Polen und das Baltikum preiszugeben, den Japanern den fernsten Osten zu opfern und endgültig auf die historisch-traditionellen Ansprüche auf die Dardanellen zu verzichten.

Auf den Trümmern der Petersburger Regierungszentralen lagen bei Kriegsbeginn auch die Karten des fernsten Ostens, mit bestimmten Erwartungen lag man nach Konstantinopel und dem weiteren Orient, während durch die Nelken des Volkes das jahrhundertalte Sehnen nach freiem Landbesitz ginstig.

Das dankte, bis Kerenski sein Land vor neue Lasten stellte, bis Bauern und Bauernführer den so lange erwiderten Moment erkennen glaubten, der ihnen die Aufteilung des Herrschaftslandes brachte.

Als dann das russische Heer in schneller Auflösung verging, als die der Landverteilung freundlich gesinnte sozialrevolutionäre Partei die Führung übernahm, fand sie in den Bolschewisten willige Bundesgenossen. Die Lage charakterisierte sich als eine kommunistischen Tendenzen fernstehende Agrarrevolution, trotzdem die Landaufteilung mit Wozd und Totschlag erfolgte. Nun hat man erreicht, was man gewollt hat. Der zu Grundbesitz gelangte Bauer bedankt sich für die Segnungen des Kommunismus und dieser neue Zustand läßt im ganzen weiten Reiches nationales Bewußtsein und nationale Gedanken neu entflammen. Der Ausfluß dieses Gefühlswechsels ist aber die Arme, deren Siegeszug wir mit offenem Entzücken verfolgen, wenn wir auch den Raubbau an Menschen und Material bedauern, der allein Regierung und Beeresleitung befähigt, in Zusammenfassung aller Kräfte die Erfolge dieser Tage aus dem Besten herauszuholen.

Der Wiederaufbau Rußlands wird ohne europäische und amerikanische Hilfe ebensowenig möglich sein wie derjenige Deutschlands.

England besonders wird die Notwendigkeit hierzu bedingungslos anerkennen müssen, wenn anders es nicht im Hinblick auf seine asiatischen Besitzungen dem Bolschewismus neue Ziele weisen will.

Das mag es auch bedenken, wenn es sich jetzt an den Verhandlungstischen in London und Kinn niederläßt.

Bei diesen Verhandlungen wird es auch ohne Heranziehung der Völkerverbundstheorien an Gesprächsstoff nicht fehlen: Polen und die Ukraine, das mare clausum im Süden und die englische Flotte im Norden, Finnland und das Baltikum, die Murmanküste und der ferne Osten, Persien und die Kalandsfrage — wahrlich, des Materials ist genug!

Möge dann Rußland, wenn bei diesen Verhandlungen die Entente auch mitreden wünscht, sich daran erinnern, daß im Westen seines weiten Reiches — nicht nur geographisch — ein Nachbar wohnt.

Die Ernährungsfrage und die Deutschen in der Tschecho-Slowakischen Republik.

Aus Nordböhmen schreibt man uns:

Mitte April begann in der Tschecho-Slowakischen Republik eine schleichende Ernährungsfrage, die von Tag zu Tag akut zu werden drohte. Ein Ernährungsminister ging, ein neuer wankt. Die Regierung suchte sich in einer Kundgebung zu entschuldigen.

Streiks in nordamerikanischen, holländischen und deutschen Häfen trugen die Schuld; der Eisenbahnstreik wirkte eine der wichtigsten Zufuhrströme, die Landwirte seien ihrer Ablieferungspflicht nicht ganz nachgekommen. Dann kommt ein Frost: diese Zustände würden nicht allzu lange dauern, die Bevölkerung hätte ja schon so oft ausgehalten und solle auch diesmal — Geduld haben. Inzwischen ist die Eisenbahn frei geworden, aber bessere Ernährungsverhältnisse sind noch nicht gekommen. Zu Zeiten der Donaumonarchie ludte man in tschechisch-polnischen Kreisen über den „Patriotismus“ der Bauern, die sich weinerten, ihre Ablieferungspflicht zu erfüllen. Den Leuten wurde das Sägen zu lange gelehrt, jetzt können sie es zum Schaden ihrer Lobredner nicht mehr lassen: weder der Appel an den Patriotismus für die Republik, noch die Bannone der Legionäre machten auf die Bauern den geringsten Eindruck. Der Hauptgrund der Krise wird wohl in der verworrenen innerpolitischen Lage zu suchen sein; an sich ist diese Krankheit bezeichnend für die Lebensfähigkeit dieses lagenden Erben des buntschiedigen Habsburgerreiches.

Wer leidet aber am meisten unter den trostlosen Verhältnissen? Die Sudetendeutschen. Die Tschechen sind zu 60 Prozent Agrarier und wer selber keinen ist hat Verwandte auf dem Lande. Die Deutschen bebauen dagegen das Industrie-, Wald- und Bergland an den Grenzen. Die Ablieferung von Naturalien ergab etwas merkwürdiges: viele ausgesprochen deutsche Industriebezirke (Reichenberg, Trautenau u. a.) haben ihr Kontingent überhöhter Lebensmittel einziger von ihnen blieb hinter seiner Pflicht zurück.

Tschechische Kreise mit extrarichem Ackerboden brachten es kaum auf 60 Prozent. Die deutsche Bevölkerung der Industriegebiete mehrte sich gegen diese Not mit den Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen. In Reichenberg, Warasdorf, Trautenau, Mäh und anderen Städten brachen Hungerrevolten aus. Die Sozialdemokraten schickten eine Abordnung nach Prag; der Ministerpräsident nicht verständnisvoll mit dem Kopie und suchte dann mit den Schultern. Die Organisationen warteten im Interesse einer gemeinsamen Aktion vor wilden Ausfällen; sie konnten sie aber nicht hindern. Die Unzufriedenheit trieb viele dem Radikalismus in die Arme, der in den böhmischen Kohlenrevieren genau russische Prediger hat. In Westböhmen dehnte sich ein allgemeiner Streik über mehrere Bezirke. Man drohte, die reichsdeutsche Grenze zu öffnen und hoffte von da Lebensmittel zu erhalten. Die tschechische Verwaltung beschuldigte die erröten Gemüter durch fänelte Zufahren, die aber bald wieder ausblieben. Man bekommt in Nordböhmen ein halbes Brot für die Woche. Für die Verwertung der nächsten Ernte fürchtet man selbst in tschechischen Kreisen. Das Notstandsgebiet des Ertragebietes hat sich auf ganz Deutschböhmen erweitert: ganz Deutschböhmen hungert!

Rußlands Bedingungen.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Kopenhagen, 4. Aug. Von unrichtiger Seite wird mitgeteilt: Sollte es zu einer russisch-polnischen Friedenskonferenz in London kommen, so werde Sowjet-Rußland in irgend einer Form die alten Schulden Rußlands anerkennen. Dafür werde aber Sowjet-Rußland verlangen, als Rechtsnachfolger des zaristischen Rußlands angesehen zu werden. In diesem Falle werde es erklären, daß es an der Neuordnung der weltpolitischen Lage durch die in den letzten Jahren abgeschlossenen Friedensverträge nicht beteiligt war und darum eine neue Beratung aller weltpolitischen Fragen verlangen müsse. Sowjet-Rußland werde bei der Wiederaufnahme der allgemeinen Friedensverhandlungen folgende drei Bedingungen stellen: Allgemeiner Friedensschluß auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons; Nichteinmischung in die inner-russischen Verhältnisse; Zuziehung Deutschlands und der anderen besiegten Staaten als gleichberechtigte Mitglieder zu den Verhandlungen.

Vor seiner Abreise aus Moskau nach London soll sich Krasin an Pressevertreter folgendermaßen geäußert haben: Unsere militärischen Erfolge in Polen werden ohne Zweifel eine günstige Rückwirkung in London haben. Wir werden nicht nur verhandeln, wir werden auch Gerechtigkeit für Rußland verlangen, von dessen Existenz man zwei Jahre nichts wissen wollte. Sowjetrußland legt den Hauptwert auf die wirtschaftlichen Fragen und ist geneigt, bedeutende politische Konzessionen zu machen, wenn England die folgenden Bedingungen erfüllt: 1. Absolute Freiheit der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland und den Weststaaten; 2. Vertretung Rußlands in der Donaumission; 3. Teilnahme Rußlands an der Verwaltung der Meereen. Falls England diese Bedingungen erfüllt, werde die Räteregierung die englischen Interessen im Kaukasus wahren.

Dr. Gessler.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Königsberg, 4. Aug. Der Reichswehrminister Dr. Gessler ist zur Besichtigung der an der Grenze zusammengezogenen Truppen in Rastenburg eingetroffen.

Bereitschaft.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Luxemburg, 4. Aug. Nach hiesigen Zeitungsmeldungen erhielt das in Luxemburg stehende französische Jägerbataillon den Befehl, zur Bereitschaft nach Polen geschickt zu werden.

Erste Nachrichten.

(Eigener Drahtbericht.)

c. Paris, 4. Aug. Der „Temps“ vom Mittwoch Abend veröffentlicht eine Note, in der gesagt wird, daß die heute aus Polen erhaltenen Nachrichten sehr ernst sind, und daß es nichts nicht, dies zu verheimlichen. Die roten Truppen haben den Uebergang des Bug auf mehrere Kilometer ergangen, der bekanntlich Warschau in einem Halbkreis umschließt. Man müsse sich in nächster Zeit auf sehr ernste Nachrichten gefaßt machen.

Oesterreichs Bedrohung durch Ungarn.

(Eigener Drahtbericht.)

w. Wien, 4. Aug. Staatssekretär Renner empfing nacheinander die Gesandten der Hauptmächte, um ihnen die durch den Einfall in Färhenfeld und durch die Werberätigkeit der Ungarn in Jala Gerszag gestaffelte Lage klar zu legen. Renner sagte, obwohl Deutsch-Ungarn durch den rechtskräftigen Friedensschluß von St. Germain Oesterreich anerkannt sei, habe die österreichische Regierung mit Rücksicht auf die allgemeine Unsicherheit Mitteleuropas und auf die künftigen Beziehungen zu Ungarn jeden gewaltsamen Schritt unterlassen. Sie habe damit beabsichtigt, daß sie die friedlichen Beziehungen unter allen Umständen aufrecht erhalten wolle. Trotzdem habe die Bedrohung Oesterreichs auf ungarischer Seite nicht auf. Oesterreich müsse den Saub der Alliierten erbitten, da der Friedensvertrag eine wirksame Selbsthilfe unmöglich gemacht habe. Der Staatssekretär ersuchte die Gesandten, ihre Regierungen zu unterrichten, daß dieser Zustand fortwährender Bedrohlichkeit die innere Verfassung hemme und gefährde.

Erleichterung der Einwanderung in Amerika.

c. London, 4. Aug. Wie der „Daily Telegraph“ aus New York meldet, hat sich in den Vereinigten Staaten ein Sonderausfluß für die Förderung der Einwanderung gebildet, da sich der Arbeitsmangel immer stärker bemerkbar macht. Nach der angelegten Untersuchung befristet der Ausfluß eine harte Abwanderung der Bevölkerung auf die Dauer von 12 Jahren. Diese Auswanderer richten sich nicht nur nach Europa, sondern auch nach den

amerikanischen Nachbarländern und besonders Kanada. Der Ausfluß schlägt daher vor, die Hindernisse für die Einwanderung in den Vereinigten Staaten aufzuheben und den neuwandernden Arbeitern in der ersten Zeit das Leben durch Unterstützung zu erleichtern.

Die schwarzen Rassen.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 4. Aug. Aus New York wird gemeldet: Am 2. August wurde hier ein Kongress zur Besprechung der Lage der schwarzen Rassen eröffnet. Bei der ersten Sitzung waren 20 000 Neger zugegen.

Der amerikanische Bolschewisten-Prozess.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 4. Aug. Die „Times“ meldet aus New York: Nach beinahe dreimonatiger Dauer wurde der gegen 20 Mitglieder der amerikanischen bolschewistischen Arbeiterpartei geführte Prozess beendet. William Broff Lloyd und seine Gefährten wurden für schuldig befunden an einer Verschwörung gegen die Regierung teilgenommen zu haben. Lloyd wurde zu einer Gefängnisstrafe von 5 Jahren und einer Geldstrafe von 3000 Dollar verurteilt.

China, Japan und Amerika.

(Eigener Drahtbericht.)

B. Tokio, 3. Aug. Die Chinesen haben sich geweigert, den Vorschlag Japans auf Bildung eines gemischten Ausschusses zur Untersuchung der Beschuldigung der Chinesen, an dem Gemisch von Nikolajewski beteiligt gewesen zu sein, anzunehmen. Die Antwort Japans auf die Weigerung Amerikas, die japanische Besatzung Nord-Sachalin anzuerkennen, ist, wie man glaubt, fertiggestellt. Von zuständiger Seite wird erklärt, die Antwort werde nochmals nachdrücklich hervorheben, daß seitens Japans keine Bestrebungen nach Gebietsgewinnung vorhanden seien.

Die Genfer Tagungen.

Der Internationale Bergarbeiterkongress.

w. Genf, 3. Aug. In der heutigen Nachmittagsitzung wurde nach eingehender Aussprache über Nationalisierung bzw. Sozialisierung der Bergwerke die von der englischen Delegation vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen. Sie lautet: „Der Kongress beschließt, daß alle Länder endgültig für die Nationalisierung oder Sozialisierung der Bergwerke eintreten, ebenso für die Beseitigung der kapitalistischen Besitzrechte und die Durchführung der Kontrolle und Verwaltung der Bergbauindustrie durch Vertreter der Staaten, der beteiligten Arbeiter und der Konsumenten. Der Sekretär jeder angeschlossenen Organisation wird dem internationalen Büro in jedem Vierteljahr über die Fortschritte, die in jedem Lande zur Erreichung dieses Zieles gemacht wurden, Bericht erstatten.“

Genf, 4. Aug. (Eigener Drahtbericht.) Der internationale Bergarbeiterkongress sollte heute vormittag die Aussprache über die Lebensverhältnisse und die Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter in den verschiedenen Ländern fort, und zwar kamen zu Worte die Vertreter Jugoslawiens, Belgien und Ungarn; letztere betonten, daß in Ungarn von einem demokratischen System der Werke und Bergbauunternehmen keine Rede sein könne. Die Regierung wolle die Arbeitszeit auf 12 Stunden erhöhen und die Löhne herabsetzen. Der französische Delegierte Barthelemy sprach sich für die Erhöhung der Arbeitszeit aus. Seine Vorschläge, diese Angelegenheit als Spezialfrage zu behandeln, wurde vom Generalsekretär Soga unterzückt. Darauf wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 4. Aug.

Die Sitzung beginnt um 1 Uhr mit der Fortsetzung der

dritten Lesung des Haushalts.

Beim Haushalt des Reichs wirtsch. Ministeriums wird eine Entschließung zugunsten der notleidenden Pensionäre und Rentner einstimmig angenommen.

Beim Haushalt des Reichsarbeitsministeriums wird eine Preisnotiz berichtigt, wonach im Ministerium Angekündigte seien, für die kurze in Diktat und Kopfschreiben nötig seien. Es handle sich um Kriegsbeschädigte und Militärärzte, die schon vor der Revolution bei den Versorgungsbehörden arbeiteten. Für diese Beamte finden besondere fachliche Vorbildungsstufen statt.

Beim Haushalt des Reichswehrministeriums fordert Frau Abg. Zieh (U.S.) eine bessere Versorgung der Kriegsbeschädigten und Lazarettinsassen und der

Abg. Fries (U.S.) die Beseitigung der Seel- sorge im Heer. Die Abg. von Gallwitz (D.N.) und Dr. Schreiber (Str.) treten für die Militärseelsorge unter Würdigung deren Verdienste ein.

Abg. Kossel (Dem.): Es ist richtig, daß die Geschlichen im Kriege ihre volle Pflicht getan haben.

Abg. Plattner (U.S.): Der Militarismus ist die Schutzhülle des Kapitalismus. Abg. Mumm (D.N.) wendet sich gegen die Herabsetzung der Militärrenten.

Abg. Andre (Str.): Die Unabhängigen sollten nicht fortwährend wirtschaftliche Fragen zu politischen Fragen machen.

Abg. Hofmann (U.S.): Ihr Bestreben geht nur darauf aus, sich das Paradies auf Kosten der großen Massen im Diesseits zu errichten.

Abg. Zieh (U.S.): Der Militarismus hat Deutschland in der ganzen Welt verhaßt gemacht.

Abg. Evering (D.Vp.) verteidigt das deutsche Heer. Hätte 1914 die sozialdemokratischen Führer gewagt, sich dem Kriege entgegenzustellen, so würden sie von der Volksstimme hinweggefegt worden sein. (Lebh. Zustimmung). Wenn wir alle nicht mehr sind, wird man noch singen und sagen von den Leuten Hindenburgs und des deutschen Heeres. (Großer Beifall rechts, Lärm bei den Unabhängigen.)

Abg. Mumm (D.N.): Am 4. August 1914, heute vor 6 Jahren hat für Führer Haase die Krie-

grete bewilligt. (Hört, hört, rechts). Auch bei Ihnen herrschte damals noch der Geist des alten Bebel, der da sagte: Wenn das Vaterland in Not gerät, werde ich auch noch das Gewehr auf die Schultern nehmen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten). Herr Hofmann hat am allerwenigsten Anlaß, hier seine Angriffe anzubringen, da er als ehemaliger Kultusminister für Preußen eine unauflösliche kulturelle Schwach gewesen ist (Glode des Präsidenten) und sich dabei seinerseits auf den finanziellen Vorteil verstanden hat.

Abg. Andre (Str.): Sie stellen den Kapitalismus als Feind der Arbeiter hin und dann kommt Krausitz und beweist Ihnen haarsträubend, daß die Arbeiter unter den jetzigen Verhältnissen besser mit dem Kapitalismus als mit dem Sozialismus fahren. (Hört, hört).

Abg. Hofmann (U.S.) verwahrt sich energisch gegen die Ausführungen des Abg. Mumm, den er einen elenden Verleumder nennt. (Glode des Präsidenten).

Abg. Behrens (D.N.): Es ist eine Fälschung der öffentlichen Meinung, wenn sich die Unabhängigen als die Führer der deutschen Arbeiterschaft aufstellen.

Beim Haushalt für Landwirtschaft und Ernährungswesen spricht Dr. Mosel (U.S.) über die Folgen der Unterernährung.

Beim Posthaushalt beklagt Frau Zieh (U.S.) die Entsendung nichtleitender Postbeamten von Berlin, um sie durch unpolitische Leute von Rechts zu ersetzen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, die Postverwaltung ziehe niemanden aus politischen Gründen nach Berlin.

Der Haushaltsrat wird endgültig bewilligt, ebenso wird das Rahmengericht angenommen, ferner die dazu gehörigen Entschließungen des Ausschusses betr. Gewährung der für die betreffenden Arbeiter notwendigen merdenden Mittel und der Ausgleichszulagen für die Beamten, sowie die Ziehung der Folgerungen aus der Landesbesoldungsordnung, soweit es angängig ist auch für die Reichsbeamten.

Der Ausschuss richtet endlich an die Regierung das Ersuchen, mit den in Frage kommenden Ländern und Gemeinden eine Verständigung über den vom Reich zu tragenden Anteil an den Besoldungszulagen herbeizuführen, die im besetzten Gebiet im Hinblick auf die damit bedachten Reichsbeamten nun auch den Landes- und Gemeindebeamten zugestimmt werden müßten.

Es folgt die Interpellation der Sozialdemokraten über die

Arbeitslosigkeit.

Verbunden damit wird die Beratung eines Antrages der Unabhängigen auf Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge.

Abg. Adrsten (Soz.) begründet die Interpellation, die lautet: Was denkt die Reichsregierung gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit zu tun? Wie denkt sie insbesondere die jehelne Krise der Stilllegung von Betrieben zu verhindern und Arbeitslosigkeit für die Arbeitslosen zu schaffen? Die Arbeitslosigkeit hat ihren Grund darin, daß das Inland keine Kaufkraft mehr hat und daß das Ausland nichts bei unserer Industrie bestellt. Eine Anrechnung der gewerkschaftlichen Erwerbslosenunterstützung auf die staatliche würde die Gewerkschaften zu stärkstem Kampf herausfordern.

Reichsminister Dr. Brauns: Die starke Arbeitslosigkeit ist ein Ausfluß unserer überaus schwierigen wirtschaftlichen Gesamtlage. Will einer sehr langen Dauer der Krise brandt nicht unbedingt gerechnet zu werden, weil der Bedarf auf den meisten Gebieten immer noch viel größer ist als der Vorrat. Am Ausbau der Arbeitsermittlung wird mit allen Kräften gearbeitet. Ein Reichsgesetz über Arbeitsnachweis ist im Entwurf fertig. An der Landwirtschaft bedürfen wir einer Vermehrung der Arbeitskraft. Zur Beseitigung der Wohnungsnot vor allem im Ruhrgebiet, soll geheißen, was möglich ist. Die Zulassung ausländischer Arbeiter wird von der Zustimmung des Arbeitsnachweises abhängig gemacht werden. Ueberstunden sollen möglichst nur die unerschöpflichen Arbeiterkategorien leisten. 100 000 Postdamenarbeiten wurden 1919 über 300 000 Arbeiter beschäftigt, wozu das Reich 470 Millionen Mark hergab. Ganz zu entbehren müßte die Erwerbslosenfürsorge nicht sein; sie wird auch neben der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit notwendig bleiben. Wir werden auf dieser Versicherung möglichst bald zu kommen suchen. Das Reich und die Länder haben bisher an Arbeitslosenunterstützung 1400 Millionen Mark ausgegahlt. (Hört, hört, rechts). Sehr richtig ist es, daß die Unterstützung künstlich wegfallen muß, wenn ein Arbeitsloser eine nachgewiesene geeignete Arbeit nicht annimmt, und daß die Gewerkschaften Unterstützung in Anrechnung kommt. Nationales Pflichtgefühl erfordert Opfer der Privatwirtschaft für die Volkswirtschaft. Jeder Streik ist feht die Wurzel neuer Arbeitslosigkeit. Mit allseitig gutem Willen werden wir auch über die jehelne Krise hinwegkommen. (Beifall).

Abg. Dittmann (U.S.) begründet den Antrag seiner Partei. Hiernach soll die Erwerbslosenunterstützung auf das unter Mitwirkung der Gewerkschaften jeweils festzusetzende Existenzminimum erhöht und ohne Rücksicht auf die Dauer der Erwerbslosigkeit gesahlt werden.

Die höheren Sätze sollen rückwirkend bis 1. März 1920 gelten und für Männer und Frauen gleich sein. Ein Arbeitszwang soll nicht ausgesetzt werden. Entlassungen von Arbeitern und Angestellten, ferner die Stilllegung von Betrieben ist zu verhindern. Alle Maßnahmen, die den produktiven Prozess beeinflussen, sind der Kontrolle und dem Bestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften zu unterstellen. Die Kurzarbeiter sollen eine ihrem Verdienstgang entsprechende Unterstützung erhalten.

Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. Besprechung der Interpellation über die Entwaffnungsvorlage.

Schluß 8 Uhr.

Dom Seargebiet.

Aus Saarbrücken wird berichtet: Die Regierungskommission hat die Erklärung abgegeben, daß sie die Gewerkschaften und Reichstagsmitglieder als die gewählten Vertreter der Bevölkerung laut Friedensvertrag anseht.

Die Vereinfachung des badischen Kabinetts.

Fünf Minister — vier Staatsräte.

Die gestrige Nachmittagsitzung brachte die Vereinfachung der badischen Regierung. Präsident Dr. Kopf gab ein Schreiben des Staatspräsidenten bekannt, wonach er, Minister Dietrich, Staatsrat Dr. Engler, Staatsrat Dr. Haas und Staatsrat Wittemann auf Grund einer Vereinbarung unter den drei Regierungsparteien im Interesse der Vereinfachung der Staatsverwaltung von ihren Ämtern zurücktreten. Der Präsident widmete den Auscheidenden, namentlich dem Staatspräsidenten Geiß, Worte herzlichsten Dankes und hoher Anerkennung für das, was sie seit der Umwälzung für das badische Volk und Land geleistet haben. Die Dank und dieser Anerkennung stimmte das ganze Haus einmütig zu. Staatspräsident Geiß dankte hinwiederum dem Landtagspräsidenten für die anerkennenden Worte, gab einen Überblick über den Verlauf der letzten 1 1/2 Jahre und stellte fest, daß das Badener Land infolge der einschüßlichen Haltung der Beamenschaft und des gesunden Sinnes des größten Teils der badischen Bevölkerung verschont blieb von Wirren und Schwierigkeiten, von denen andere Länder heimgesucht wurden. Geiß schloß seine Rede mit dem Ruf: „Glück auf mein Badener Land für die Zukunft! Es lebe unsere schöne badische Heimat! Es lebe das badische Volk!“ Das ganze Haus zollte diesen Worten lebhaften Beifall. Hierauf wurde das Gesetz vom 2. April 1919 über den Geschäftsbereich der Ministerien den jetzigen Zuständen entsprechend abgeändert. Das Gesetz über Aufhebung und Hinterbliebenenversorgung des ausgeschiedenen Staatspräsidenten Geiß wurde mit Mehrheit angenommen. Dagegen stimmten geschlossen die Deutschnationalen sowie einige Mitglieder des Zentrums und der Demokraten. Das Abgesetzte beginnt mit dem 1. Oktober 1920 und beträgt 50 Proz. des in der Beschäftigungsordnung festgesetzten Grundgehaltes mit Zulage; anderweitige Bezüge bestehen daneben nicht.

Vor Eintritt in die Tagesordnung mußte die Regierung dann noch verschiedene kurze Anfragen beantworten. Wir heben daraus die Antwort des Ministerialdirektors Fuchs auf die Anfrage Odenwalds über das Gagenhies-Unternehmen bzw. die Sand- und Siedelungsabhandlung hervor. Danach hat der Ausschußrat dieser Abhandlung seit einiger Zeit die Einstellung unwirtschaftlicher Arbeiten angeordnet, z. B. die Arbeiten eines Vollbahnanstufes an den Bahnhöfen. Dadurch wurden Arbeiter und Angestellte entbehrlich; ein Teil davon konnte anderweitig beschäftigt werden. Nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung dürfte der Verdacht betrüblicher Handlungen nicht vorliegen. Nach Erledigung des Gesetzes über den Rückgehalt des bisherigen Staatspräsidenten in 2. Lesung erfolgte die Wahl des neuen Staatspräsidenten. Der deutschnationale Abgeordnete Mager-Karlsruhe verlangte Jettelwahl. Diese ergab 67 Stimmen für Justizminister Trunk als Staatspräsident und 67 Stimmen für den Minister des Innern Kemmle als seinen Stellvertreter; 6 (deutschnationale) Jettel waren weiß. Der deutschnationale Abgeordnete Karl erhielt als Staatspräsident eine Stimme, was Dr. Schofer zu dem ihm veranlassenden, Karl sei „einstimmig“ gewählt; auf Rödel entfiel eine Stimme als Stellvertreter. Staatspräsident Trunk erklärte hierauf, die Wahl annehmen zu wollen, und sollte den aus dem Kabinetts auscheidenden Ministern und Staatsräten aufrichtigen Dank; alle haben als gute Kameraden zum Wohle des Landes zusammengearbeitet. Minister Kemmle dankte für das Vertrauen und nahm die Wahl an. Auf Vorschlag des Abgeordneten Dietrich wurde der demokratische Abgeordnete Schön durch Juxur zum Staatsrat gewählt. Damit war die Umbildung des badischen Kabinetts vollzogen.

Eine Erörterung wurden hierauf in zweiter Lesung die Gesetzesentwürfe über die Abänderung des Gebäudeversicherungsgesetzes und über die Abänderung des Gesetzes vom 10. Oktober 1906 über die Rechtsverhältnisse des Sanitätspersonals einmütig angenommen. Dann bewilligte das Haus die von der Regierung vorgeschlagene Abänderung des Gesetzes vom 12. Mai 1896 über die Haltung der Zuchthäuser, Zuchthäuser und Zuchthäuser.

In der Verantwortung der förmlichen Anfrage der Abgeordneten Henrich und Genossen über den Gesundheitszustand der Steinbrücker des Main- und Taubertales wies Ministerialdirektor Fuchs u. a. auf die verschiedenen Verordnungen für Steinbrüche hin. Aus den ärztlichen Berichten geht hervor, daß die Tuberkulose-Erkrankungen in den Jahren 1917/19 gegenüber 1912/14 in den Bezirken Wertheim, Taubertal und Main- und Taubertal zurückgegangen seien, was wahrscheinlich mit dem gegenwärtigen Rückgang der Bausteinindustrie zusammenhänge. Die Regierung sei bestrebt, den Steinbrüchern mehr landwirtschaftliche Gelände zuzuteilen, weil die Tätigkeit in der Landwirtschaft viele Gesundheitsfördernde, die die Arbeit in den Steinbrüchen im Gefolge habe, befeilige bzw. mildere.

Dann begann die Beratung des ersten Nachtrags zum Staatsvoranschlag für das Rechnungsjahr 1920. Berichterstatter des Haushaltsausschusses war der demokratische Abgeordnete Dr. Glöckner. Im wesentlichen haben wir unterrichtet über die Verhandlungen unter Weismann. Der sozialdemokratische Abgeordnete (Landtag), der Zentrumsabgeordnete Seubert über Hauptabteilung II (Staatsministerium), der demokratische Abgeordnete Jhrta über Hauptabteilung III (Ministerium des Auswärtigen), Seubert ferner über Hauptabteilung IV (Finanzministerium), der Zentrumsabgeordnete Schneider-Heidelberg über Hauptabteilung V (Ministerium des Innern), der demokratische Abgeordnete Dr. Leser über Hauptabteilung VI (Justizministerium) und der sozialdemokratische Abgeordnete Stöckinger über Hauptabteilung VII (Ministerium des Kultus und Unterricht). Im Anschluß hieran berichtete der Zentrumsabgeordnete Wiedemann im Namen des Schul-

ausschusses über das Gesetz des Gemeinderats Waldkirch um Errichtung einer städtisch-kommunalen Realschule in Waldkirch; der Ausschuß beantragt empfindliche Ueberweisung in bestimmtem Sinne. Dann berichtete Dr. Glöckner über Hauptabteilung VIII (Ministerium für soziale Fürsorge und öffentliche Arbeiten — Arbeitsministerium), der deutschnationale Abgeordnete Habermehl über Hauptabteilung IX (Oberrechnungskammer) und Hauptabteilung X (Wirtschaft). Hier wurde die Beratung abgebrochen; Fortsetzung heute vormittag 9 1/2 Uhr.

Nach den Beschlüssen des Landtags setzt sich die badische Regierung nun endgültig folgendermaßen zusammen:

- Trunk, Staatspräsident und Justizminister;
- Kemmle, Minister des Innern und Stellvertreter des Staatspräsidenten;
- Summel, Minister des Kultus und Unterricht;
- Schöler, Finanzminister;
- Rückert, Arbeitsminister;
- Staatsräte:
- Weißhaupt, van Eyck (Ztr.), Schön (Dem.), Marum (Soz.).

Staatspräsident Trunk.

Der neue Staatspräsident Gustav Trunk wurde am 24. Juli 1871 in Waldbrunn (Niederrhein) als Sohn des dortigen Volksschullehrers geboren. Bei seinem Vater besuchte er die Volksschule; von 1885—1890 war er Zögling der Pörschenschen Anstalt in Essbach; 1893 erwarb er sich am humanistischen Gymnasium in Kallit, dessen Schüler er die vorausgehenden drei Jahre war, das Reifezeugnis zum Besuche der Universität. In Heidelberg und Berlin studierte er von 1893—1897 Rechtswissenschaft. Dabei war er bei einer katholischen Studentenverbindung aktiv; er gehörte auch heute noch dem Kartellverband katholischer deutscher Studentenverbindungen (C.V.) an. Im Jahre 1900 ließ er sich in Karlsruhe als Rechtsanwalt nieder. Hier widmete er sich gar bald eifrig der Politik. Es dauerte nicht lange und er wurde einer der bekanntesten und erfolgreichsten Führer der karlsruher Zentrumspartei, deren Ortsausschuß er lange Jahre hindurch als Vorsitzender leitete. Besonders trat er bei den Wahlen als agitator und Versammlungsredner in der breitesten Öffentlichkeit hervor. Sein Rednertalent und vor allem seine Schlagfertigkeit in der Diskussion veranlaßten auch manchen Nichtzentrumswähler, seine Versammlungen zu besuchen. Seine Parteifreunde wählten ihn dann in den karlsruher Stadtrat. In verschiedenen Wahlkreisen war er als Landtagskandidat aufgestellt. Während des Krieges diente er von 1915—1918 beim Landwehr-Infanterie-Bataillon XIV/18. Als dann die Revolution vom Norden her ihre Wellen auch nach Baden schlug und am Sonntag, den 10. November 1918 in Karlsruhe die neue (vorläufige) Volksregierung gebildet wurde, übertrug man dem jetzigen Staatspräsidenten das neugebildete Ministerium für Ernährungsfragen, das er bis zur endgültigen Bildung der Regierung inne hatte. Es war ein äußerst aufreibendes, sorgen- und mühevollstes Amt, wenn man sich erinnert, wie in den Monaten nach dem Umsturz die Ernährung der Bevölkerung sowohl wie die des zurückflutenden Meeres gefährdet war. Wenn wir über jene Zeit glücklich hinüberkommen, so war das dem damaligen Ernährungsminister und seinem Beamtentab zu danken. In der am 2. April 1919 von der badischen Nationalversammlung dann endgültig gewählten neuen badischen Regierung wurde Trunk das Justizministerium übertragen, das unter der vorhergehenden Volksregierung der sozialdemokratische Abgeordnete Marum verwaltet hatte. Zugleich wurde der Justizminister zum Stellvertreter des Staatspräsidenten Geiß bestimmt.

Staatspräsident Geiß.

Vom Staatspräsidenten Anton Geiß haben wir vor gut 1/2 Jahren bei der Bildung des Kabinetts ein Lebensbild gezeichnet, aus dem wir heute einige Züge herausheben wollen. Geiß wurde am 11. August 1858 in Mettenbach (Bayern) geboren. Sein Vater war Landwirt. In seinem Geburtsort besuchte er die Volksschule, erlernte dann das Schreinerhandwerk, ging auf die Wanderschaft und hiebete sich, nachdem er einen großen Teil Deutschlands und der Schweiz kennen gelernt hatte, in Mannheim an. Schon in jungen Jahren nahm er an politischen und gewerkschaftlichen Leben regen Anteil und neun Jahre nach seiner Ueberiedelung nach Mannheim (1894) wurde er in den dortigen Bürgerausschuß gewählt. Drei Jahre darauf wurde er Stadtrat, legte das Amt aber bald wieder, da er nach Mannheim in der Palz überiedelte. Seine Bleibens war dort aber nicht lange; er kehrte nach Mannheim zurück und wandte sich dem Wirksamwerden zu. Er wurde abermals in den dortigen Bürgerausschuß gewählt. Nahezu zwei Jahrzehnte war er Landtagsabgeordneter, und zwar von 1895—1903 und von 1909 bis heute. Zunächst vertrat er als Nachfolger des vor einigen Jahren in München verstorbenen Abgeordneten Dr. Johann Rüttel den damaligen 45. Wahlkreis (Stadt Mannheim II) in der Zweiten Kammer der badischen Landtage, wo ihn 1903 der Mannheimer Sozialdemokrat Lehmann ablöste, dessen Nachfolger er 1909 in dem mittlerweile als 58. Landtagswahlkreis bestellten Wahlkreis Stadt Mannheim wurde. Von den im Oktober 1909 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf Geiß 2926 (= 66,7 Prozent). Außer ihm kandidierten in diesem für die Sozialdemokratische Partei durchaus sicheren Wahlkreis noch Reichenschaner L. Anselm in Mannheim für die Deutsche Volkspartei (Demokrat.) und Volksbürokrat R. Schent in Mannheim für das Zentrum; Anselm erhielt 928 und Schent 526 Stimmen. Die Wahl im Oktober 1913 fiel für Geiß ebenso günstig aus. Von den 4937 abgegebenen gültigen Stimmen erhielt er 3304 (= 66,7 Prozent), gegen 518 nationalliberale (Dr. Wilm), 518 fortschrittliche (Vogel-Mannheim) und 607

Zentrumsstimmen (B. Schent). Der Landtag 1909 ernannte ihn zum Vizepräsidenten; dieses Amt behielt er bis zum Ausbruch der Revolution. Erwähnt sei auch, daß der nun aus seinem Amte ausscheidende Staatspräsident der erste sozialdemokratische Bezirksrat in Baden war; im Jahre 1916 wurde er dazu von der badischen Regierung bestimmt. In seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Landtags leitete er infolge der Erkrankung des damaligen Präsidenten Mohr den Kriegsländtag vom 4. Februar 1915, den er mit einem Hoch auf den Großherzog schloß. In der sozialdemokratischen Parteiorganisation war Geiß in den letzten 20 Jahren mit an erster Stelle tätig; so war er viele Jahre hindurch Vorsitzender der Landesorganisation in Baden. Als am 10. November 1918 in Karlsruhe die Männer der vorläufigen Volksregierung zusammengestellt wurden, wählte Geiß (wie übrigens verschiedene andere der damals zu Ministern bestimmten Persönlichkeiten) nicht in Karlsruhe, sondern in Mannheim; er erhielt dort ein folgendes Telegramm des Abgeordneten Marum: „Sofort nach Karlsruhe kommen. Du bist zum Präsidenten der Regierung gewählt.“ Geiß nahm das Amt, wenn auch mit einigem Widerstreben, an. Als dann die beiden unabhängigen Minister Schwarz und Brümmer aus der vorläufigen Volksregierung austraten, übernahm Geiß das Ministerium für militärische Angelegenheiten, das seit mit seinem Amtsrücktritt seiner Auflösung verfallen ist. Von der badischen Nationalversammlung wurde Geiß Johann zum Staatspräsidenten ernannt und nach Ablauf seines ersten Amtsjahres im Frühjahr d. J. wiederum befristet und zwar geschah dies durch das einstimmige Votum des Landtags. Zu seiner Amtsführung darf man sagen, daß er sich dank seiner strengen Objektivität und Neutralität die Sympathien weitaus der Volkskreise, über die ihm nahestehende Partei hinaus, erwirbt. Manches heikle Mission war ihm zugefallen. Man erinnere sich nur seiner Fahrt nach Zwingenberg, wo er mit dem früheren Staatsminister v. Bodman dem Großherzog die Abdankungsurkunde zur Unterschrift vorzulegen hatte.

Die ausscheidenden Staatsräte.

Dr. Ludwig Haas (Soz.), Josef Wittemann (Ztr.) und Dr. Engler (Soz.) sind im politischen Leben seit Jahren bekannte Persönlichkeiten.

Abg. Dr. Haas war bekanntlich in der vorläufigen Volksregierung Minister des Innern und verließ, als dieses Ressort bei der Neuwahl der Regierung am 2. April 1919 den Sozialdemokraten zufiel, als Staatsrat im Kabinet. Sein Ausscheiden erfolgt auf persönlichen Wunsch, um sich ganz der Reichspolitik und seinem Mandat im Reichstag widmen zu können.

Abg. Wittemann, Vortrager der Rat im bisherigen Ministerium des Innern, gehörte seit 1905 dem badischen Parlament an, wo er vor allem sich mit Beamten-, Steuer- und Verfassungssachen beschäftigte. Vor seiner Ueberiedelung ins Auswärtigen Ministerium war er viele Jahre Landgerichtsrat in Offenburg und Freiburg.

Stadtrat Dr. Engler spielt vor allem in der Sozialdemokratie des badischen Oberlandes eine führende Rolle. Seine Hauptgebiete sind die soziale Fürsorge und Sozialversicherungsfragen, sowie das Wohnungsproblem.

Staatsrat Schön.

Der gestern einstimmig an Stelle des aus dem Kabinetts ausgeschiedenen Staatsrats Dr. Haas gewählt wurde, ist eine nicht nur in politischen, sondern auch in landwirtschaftlichen Kreisen bekannte Persönlichkeit. Er verlebte seine Jugend in Philippsburg, wo er 1876 das Recht der Welt erlernte und wandte sich nach erfolgreichem Examen dem Studium der Jurisprudenz und der Sozialwissenschaft zu. Zunächst im badischen Staatsdienst tätig, wurde er 1907 von der Regierung als Bürgermeister nach Ballbrunn ernannt und zwei Jahre darauf zum Bürgermeister von Donaueschingen gewählt. An der Spitze dieser Gemeinde stand er bis 1919. Da ihn die Mehrheit der Gemeindevertretung nicht wiedewählte, trat er in den badischen Staatsdienst zurück, war kurze Zeit in Ettlingen tätig und wurde dann zum Direktor des Verbandes badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften gewählt. Als Mitglied der Nationalliberalen war er im Dezember 1914 an Stelle des in Weg verunglückten F. R. Forstrats Dr. Wagner in den Landtag gewählt worden, dem er seit dieser Zeit angehört.

Die vorläufige Regelung des Staatshaushalts.

(Von unv. parlamentarischen Mitarbeiter.) Der vom Landtag genehmigte Hauptvoranschlag für das Rechnungsjahr 1920 und der erste Nachtrag dazu geben insofern kein richtiges Bild von der wirklichen Finanzlage, als die sachlichen Anforderungen des Hauptvoranschlags infolge der dauernden Preissteigerung erheblich hinter dem tatsächlichen Aufwand zurückbleiben. Die wirkliche Finanzlage wird erst dann zutreffend wiedergegeben, wenn die durch die Preissteigerung verursachten Mehraufwendungen festgesetzt sind und die Anforderungen im Hauptvoranschlag angefaßt werden. Diese Feststellungen sollen zusammen mit dem entsprechenden Nachtrag im 2. Nachtrag zum Staatsvoranschlag erfolgen. Es soll deshalb mit der Erlassung des Finanzgesetzes bis zur Vorlage dieses Nachtrags angewartet und zunächst ein Notkassenantrag erlassen werden. Den Entwurf zu diesem Gesetz über die vorläufige Regelung des Staatshaushalts hat die Regierung am Mittwoch dem Landtag vorgelegt, und er ist vom Haus als 1. Nachtrag alsbald beraten und mit den in der nachstehenden Darstellung angegebenen Änderungen angenommen worden.

Nach diesem Gesetzentwurf sind die direkten und indirekten Steuern, die bis Ende Dezember 1920 zum Einsatz kommen, gemäß den zurzeit geltenden Gesetzen und Steuererlassen zu erheben, soweit nicht durch neue Reichs- und Landesgesetze Änderungen bereits verfügt sind oder noch verfügt werden. Ferner können bis Ende Dezember 1920 die im Staatsvoranschlag für 1920 vorgesehenen Ausgaben und Einnahmen mit den vom Landtag beschlossenen Änderungen vollzogen werden. Ueber die im 1. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für das Rechnungs-

jahr 1920 angeforderten Mittel für Ausgaben persönlicher Art kann bis zu dem gleichen Zeitpunkt insoweit verfügt werden, als die angeforderten Stellen vom Landtag genehmigt sind.

Nach § 16 Absatz 1 Satz 2 des Verordnungsgebots vom 21. Mai 1920 werden Art und Höhe des Feuerungszuschlags durch den Staatsvoranschlag bestimmt. Die danach den planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten zu gewährenden Feuerungszuschläge werden bis Ende Dezember 1920 auf 50 v. H. der Dienstbezüge an Grundgehalt, Ortszuschlag und Kinderzuschläge festgesetzt. Wie die Vereinbarung zum Gesetzentwurf hierzu bemerkt, könne nach Lage der Verhältnisse damit gerechnet werden, daß dieser einzuweisen auf 50 v. H. festgesetzte Feuerungszuschlag zu Beginn des Kalenderjahres 1921 geändert werde.

Ueber die Ueberiedelungen des Staatshaushaltsplans, soweit sie nicht im Volksgesetzliche Vorschriften begründet sind, und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der vorherigen Zustimmung des Finanzministeriums. Diese darf nur im Falle eines unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden. Administrativkredite, die den Widerspruch des Finanzministeriums gefunden haben, sollen nach einem vom Staatshaushaltsausschuß beschlossenen Zusatz bis Ende 1920 der Zustimmung des Landständischen Ausschusses bedürfen. Die im Staatsvoranschlag für die Bauunterhaltung vorgesehenen Kredite sollen nur im Einverständnis mit dem Finanzministerium vollzogen werden, wenn die der Staatshaushaltsausschuß hinzuzufügen vorgeschlagene, der Aufwand für ein Gebäude im Rechnungsjahr 1920 den Betrag von 1000 Mk. übersteigt. Durch diese Vorschrift soll bewirkt werden, daß bei Ausführung der Bauunterhaltungsvoranschläge sparsamer und nach einheitlicheren Grundsätzen als bisher verfahren wird.

Badische Politik.

Badischer Lehrerverein.

Am Sonntag, nachmittags 2 Uhr, trat in der Turnhalle der Oberrealschule in Offenburg die Vertreterversammlung des Badischen Lehrervereins zu einer Tagung zusammen. Nach Begrüßungsansprachen des Vereinsobmannes Hofmann von Heidelberg, Schneider von Offenburg und des stürmisch begrühten Demos von Berlin, sprach Prof. Dr. Peters von der Handelsschule Mannheim über die Begabungsförderung und ihre Beziehungen zur Schule. Er ging auf die geschichtliche Entwicklung des Begabungsproblems ein, zeichnete die tiefere Unterstufe amischen Begabung und Intelligenz an der Hand der Formulierungen fremder und der deutschen Gelehrten Neumann, Wundt, Stern und Ebbinghaus und freilich dann die Begabungsmethoden zur Feststellung des Grades von Intelligenz und Begabung. Er betonte, daß die bisherigen aber auch noch nicht einigermassen zu innerlich seien, daß sie maßgebend sein könnten für die Beurteilung und eine darauf aufgebauete Differenzierung unserer Schülermaterials. Mit aller Eindringlichkeit sprach er aber auch eine Unterbrechung der wissenschaftlichen Fortschritt durch die Volksschullehrerschaft, auf deren Mitwirkung die wissenschaftliche Fortschritt nicht verzichten könne. Die Mitwirkung soll in der in bescheidenem Maße vorgenommenen Anwendung von Intelligenz- und Begabungstests (Bewertungen) bestehen, die einerseits eine Ueberprüfung der Ergebnisse der theoretischen Fortschritt ermöglichen, andererseits den Fortschritt erakte Unterlagen zu weiterer Fortschritt verschaffen muß. (Lebhafter Beifall.)

In der anschließenden Aussprache wurde von verschiedenen Rednern mehr die praktische Seite der Frage erörtert. Der vom Vereinsobmann vorgelegte und bekräftigte Voranschlag wurde einstimmig genehmigt und danach der Vereinsbeitrag auf 48 Mk. erhöht. Am Abend sprach Demos in glänzendem Vortrag über den Volksstaat im neuen Staat.

Letzte Nachrichten.

Ausgebungen auf Rheindampfern verboten!

(Eigener Drahtbericht.) Koblenz, 4. Aug. Die internationalen Rheinlandskommission hat ein Schreiben an den deutschen Reichskommissar für die besetzten Rheinlandsgebiete gerichtet, in dem sie darauf aufmerksam macht, daß Ausgebungen auf Rheindampfern, die geeignet sind, als gegen die alliierten Armeen oder gegen die Angehörigen der Besatzungsmächte gerichtet, aufgefahrt werden, unbedingt verboten sind und vorkommendenfalls bestraft werden.

Das Ende des Jittauer Puffches.

(Eigener Drahtbericht.) Dresden, 4. Aug. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Der von Unabhängigen und Spartakisten vom Janne gezogene Generalkstreik mit anschließendem Puffch ist schnell zusammengebrochen. Heute früh ist eine Bildung der Landesfeuerpolizei mit der Reichswehr in Jittau eingedrückt und hat, ohne Widerstand zu finden, die Stadt und das Kraftwerk Jittausfeld besetzt. Die Terroristen des 15er Ausschusses werden, soweit man ihrer habhaft werden konnte, hinter Schloß und Riegel gesetzt. Mit der Wiederherstellung der gefestigten Zustände ist das Ziel der Regierung erreicht. Soweit der Zivilkommissar Anlaß zu Verhandlungen vorfindet, wird er nur mit den zuständigen Behörden und Berufsorganisationen der Arbeiterklasse verhandeln. Die Aufhebung des Belagerungszustandes, zum mindesten für den Bezirk Jittau, ist nur eine Frage der nächsten Stunden.

Gründung einer englischen Kommunistenpartei.

(London, 4. Aug.) Von 154 Delegierten wurde hier Tage eine britische Kommunistenpartei gegründet, die zu ihren Programmpunkten die Diktatur des Proletariats und den Rätegedanken zählt. Sie beschloß, sowohl der dritten Moskauer Internationale wie der britischen Arbeiterpartei beizutreten. Es gilt jedoch als sicher, daß das Ersuchen der neu gegründeten britischen Kommunistenpartei um Eintritt in die Labour Party von letzterer Partei abgelehnt wird, da diese so Befähigung auf dem Boden der zweiten Internationale lieft.

Ausbreitung der nationalistischen Bewegung in Nord-Anatolien.

(Amsterdam, 4. Aug.) Die „Times“ meldet aus Konstantinopel: Die nationalistische Bewegung breitet sich in Nord-Anatolien aus. Karambul und Bolu sind von den Nationalisten genommen worden.

Aus Baden.

Bretten, 4. Aug. Auf eine Anfrage des Gemeinderats über den Beginn des Bahnbaus...

Heinheim, 4. Aug. Die Verhandlungen wegen Verhaftung der Automobilisten...

Baden-Baden, 4. Aug. Im Stadtrat sieht man sich die Gefahr eines Sägewerks...

Achern, 4. Aug. Am Alter von 70 Jahren ist Medizinalrat Dr. Schneider gestorben.

Freiburg i. Br., 4. Aug. Heute wurde die neue Automobillinie Freiburg-Kirchzarten-Dezernat...

Aus dem Stadtkreise.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und dem Führer einer diesigen Güterbeförderer erfolgte am 2. d. Mis., nachmittags, an der Ecke der Stilling- und Rottendstraße...

Verhaftet wurden: Eine Kellnerin aus Durrmeier und eine Kellnerin aus Schiffweiler, wegen Gewerbsumzucht.

Verammlung der Gewerkschaften. Am Dienstag fand im 'Moniner' eine Verammlung des Verbandes der Gewerkschaften, Ortsverein Karlsruhe, statt.

Ständebuch-Ausgabe. St. Just: Theodor Schach von hier, Schöfer hier, mit Katharina Geiger von hier...

Standesbuch-Ausgabe. St. Just: Theodor Schach von hier, Schöfer hier, mit Katharina Geiger von hier...

Standesbuch-Ausgabe. St. Just: Theodor Schach von hier, Schöfer hier, mit Katharina Geiger von hier...

Wirtschafts- und Handelszeitung.

Woran die russische Industrie krank.

Alle Berichte über die Lage der russischen Industrie gipfeln in den Klagen über zwei Tatsachen: dem Brennstoffmangel und der Arbeitslosigkeit der Arbeiter.

Der Brennstoffmangel ist naturgemäß auf das engste mit der Transportkrise verknüpft. Seit dem Frühjahr spricht die bolschewistische Presse viel von der Hebung des Wassertransportes.

Im Bericht wird ferner über die infolge der Arbeitsunwilligkeit der Arbeiter sinkende Produktivität geklagt. Die Unzufriedenheit der Arbeiter hat ihren Grund in dem Mangel an Nahrungsmitteln.

Zum Schluß versichert das bolschewistische Wirtschaftsorgan, daß nunmehr energische Maßnahmen zur Hebung der Produktion getroffen seien, besonders da die Fabriken genügend Rohmaterial und im allgemeinen auch genügend Arbeitskräfte hätten.

Berliner Kursnotierungen

Table with columns for date (4. Aug., 3. Aug.), location (Berlin), and various stock prices (e.g., Schantungbahn, Deutsche Bank, etc.).

Industrien.

Der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft für Metallindustrie vorm. Gustav Richter hat in seiner Sitzung am 29. Juli d. J. beschlossen, für das vergangene Geschäftsjahr eine Dividende von 22 Proz. auf die alten Aktien und 11 Proz. auf die neuen Aktien zu verteilen.

Vom Devisenmarkt.

Table showing exchange rates for various locations including London, Paris, New York, and others, with columns for date and rate.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Frankfurter Börse. W. Frankfurt a. M., 4. Aug. Die Ungewissheit über die Entwicklung der Verhältnisse in Polen rief an der heutigen Börse eine stärkere Zurückhaltung hervor, die jedoch auf die kursmäßige Tendenz im allgemeinen ohne wesentlichen Einfluß blieb.

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with columns for date (4. Aug., 3. Aug.), location (Frankfurt), and various stock prices (e.g., Badische Bank, Deutsche Bank, etc.).

Berliner Börse.

W. Berlin, 4. Aug. Das bedeutsamste an der heutigen Börse war die beträchtliche Steigerung der ausländischen Valutapapiere, deren Ursache in der Möglichkeit der Ausdehnung des russischen Krieges durch Eingreifen der Entente und der daran geknüpften Befürchtung einer Bedrohung der deutschen Neutralität zurückgeführt werden war.

Zur Getreidewirtschaft.

Karlsruhe, 4. Aug. Letzter Tage fand hier eine Besprechung des Direktors der Reichsgüterbessele, Dr. Sander, aus Berlin, mit Vertretern der kommunalen Getreide abfaher, die Bestimmung, einen Maßstabs zu lösen, begünstigt und der Getreideerzeuger sein abgabliches Getreide nach Belieben mahlen und verwenden kann.

Der wilde Viehhandel.

Zauberhörsheim, 4. Aug. Bei den wilden Viehaukäufen in Frankfurt wurde von den Händlern für Schwäne 11 Mk. für das Hund Lebendgewicht geboten. Die Unterhändler hatten den Auftrag erhalten, jeden Preis zur Erlangung von Vieh zu bezahlen.

Verchiebung der Königsberger Messe.

Königsberg, 3. Aug. Der unbedeutend, andauernde Transportarbeiterstreik hat das Messenamt veranlaßt, die für den 15. August angeordnete deutsche Messe zu verlegen, und diese nunmehr vom 26. September bis zum 1. Oktober abzuhalten.

Argentinische Ausfuhrverbote.

Buenos Aires, 4. Aug. Ein Regierungsdekret verbietet die Ausfuhr von Getreide und Mehl mit Ausnahme der von ausländischen Regierungen vorgekommenen Einfuhr. Ferner wird die Zuckerausfuhr verboten.

Gerichtssaal.

Karlsruhe, 4. Aug. In der Sitzung der II. Kammer des Landgerichts vom 3. Aug. standen folgende Fälle auf der Tagesordnung: 1. In der Anklage gegen Weidenwälder Wilhelm Klein aus Wiesbaden wegen schweren Diebstahls wurde der Angeklagte von der erhabenen Anklage freigesprochen.

Sport / Spiel.

Der Fußballverein Eintracht feiert am kommenden Sonntag Placemehrwahl und hat zum Eröffnungsspiel die 1. Mannschaft des in gutem Ruf stehenden Stuttgarter F.C. Victoria 1907, Bezirksmeister der Klasse C, verpflichtet.

Vom Wetter.

Auf Grund land- und lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Mittwoch, 4. August 1920, 8 Uhr morgens (M.C.T.).

Table with columns for location (Ort), wind direction (Wind), and other weather data.

Beobachtungen badischer Wettereisen 7^u morgens.

Table with columns for location (Ort), wind direction (Wind), and other weather data.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Das nördliche Tiefdruckgebiet brachte gestern im ganzen Land heftige Regenfälle, teilweise unter Gewitterbegleitung. Da jetzt von Westen der heftigere Druck energischer vorrückt, letzte heute vormittag auflebendes Wetter ein. Ein neues Tiefdruckgebiet zeigt sich aber weitlich England.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr.

Table with columns for location (Ort), date (4. Aug.), and water level (Wasserstand).

Geschäftliche Mitteilungen.

Das Gewerkschaftsamt verkauft im Auftrag der Vereinigten Gewerkschaften von Waghingen und Ebingen Normal-Servierwaagen zu außerordentlich niedrigen Preisen. Der Verkauf wurde übernommen, um die gefüllten Lager der Waagenfabriken in Waghingen und Ebingen zu räumen und dadurch wieder Produktionsmöglichkeit zu schaffen.

